

Notizen von der Querfront (Juli ´24):

Wagenknechts Ukrophobie

Erst plapperte sie Putins und Lawrows infame Unterstellung nach, im Donbass seien dort lebende Russen einem „Genozid“ ausgesetzt. Danach stellte sie die demokratischen Anfänge in der Ukraine in Frage – nicht der Kampf um Freiheit und Demokratie stünde dort auf dem Spiel, sondern nur das Duell „zweier korrupter Oligarchenkapitalisten“ – gemäß der alten Stamokap-Theorie aus den 1970er Jahren, wonach die demokratische Qualität eines Staates nicht nach liberalen Kriterien wie Rechtsstaat oder Gewaltenteilung, Parlamentarismus oder freie und geheime Wahlen bemessen wird, sondern am Monopolisierungsgrad einer kapitalistisch organisierten Wirtschaft.

Kalt wie eine Hundeschнауze wollte sie damit der Selbstverständlichkeit den Boden entziehen, wonach Ukrainer und Ukrainerinnen, die einmal demokratische Luft geschnuppert haben, nicht mehr in die neostalinistische Hölle des Schurkenstaates Russland zurückbefördert werden möchten.

Inzwischen macht Wagenknecht auch polemisch Jagd auf Ukrainer und ihre Familien. Vor Ort in ihrer Saarprovinz holt sie Informationen von Einheimischen ein, ob die Geflüchteten den von den Gemeinden zur Verfügung gestellten Wohnraum auch nutzten oder an Wochenenden in ihre von Putin bislang noch verschonten Regionen der Westukraine zurückkehrten. Daraus leiten Lafontaine und Wagenknecht

die Unterstellung ab, dass die Westukrainerinnen und Westukrainer Dank der Großzügigkeit und „Gnade“ des Kreml-Machthabers, nur den Osten unter Beschuss zu nehmen, in Wahrheit keine Geflüchteten, sondern nur Sozialbetrüger und ehrlose Wehrdienstverweigerer sind.

Zwei weitere Beispiele eines solch infamen Populismus:

Die vormalige Steinzeitkommunistin fordert, die Vergabe von Geldern für den Wiederaufbau der von ihren Freunden im Kreml zerstörten Städte von den Friedensbemühungen der ukrainischen Opfer um einen Waffenstillstand mit Putin abhängig zu machen. Im Klartext: Wer sich weigert, zum Kapitulationsfrieden im Kreml anzutreten, soll mit keiner finanziellen Unterstützung aus Deutschland mehr rechnen dürfen.

Und während der Hochwasserkatastrophe in Süddeutschland legte sie noch eine populistische Schippe drauf:

„Statt den Krieg in der Ukraine mit endlosen Steuermilliarden zu befeuern, brauchen wir das Geld bei uns, um Betroffene von Unwetterkatastrophen zu unterstützen.“ Woraufhin ein empörter Einsatzleiter der Feuerwehr in Bayern am Krisenort sich öffentlich derart hinterhältige Solidaritätsadressen verbat.

Gleichzeitig eröffnet Wagenknecht die mediale Verfolgungsjagd auf den CDU-Sicherheitspolitiker Roderich Kiesewetter, der nach Auffassung ihres Gatten „hinter Schloss und Riegel“ gehöre, weil er die Zerstörung von Munitionsdepots auf russischem Terrain seitens des ukrainischen Militärs aus Gründen der legitimen

Selbstverteidigung gegen einen brutalen Aggressor für absolut legitim hält. Kiesewetter reagierte mit einer Strafanzeige gegen das Ehepaar Lafontaine wegen „Volksverhetzung“.

Der Bundestagsboykott der Querfront

Mit dem gemeinsamen Bundestagsboykott der Querfront aus Postkommunisten des BSW sowie Rechtspopulisten und Neofaschisten der AfD gegen die Rede des ukrainischen Präsidenten vor dem Hohen Haus wurde ein weiteres, erbärmliches Zeichen an Solidaritätsverweigerung gesetzt, gestützt auf die mythische Verklärung der Postkommunisten vom unbesiegbaren Russland - oder im alten SED-Slang: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen.“

So erklärte die Abgeordnete Sevim Dagdelen, - in ihrem Hass auf den Westen und die NATO ohnehin schier unüberbietbar -was ihr Bündnis unter Solidarität versteht: „Mit dem Fernbleiben setzen wir auch ein Zeichen der Solidarität mit all jenen Ukrainern, die sich einen sofortigen Waffenstillstand und eine Verhandlungslösung wünschen statt von Präsident Selensky als Kanonenfutter für einen nicht gewinnbaren Krieg zwangsrekrutiert zu werden.“ Selensky setze auf eine offene Eskalation des Krieges und einen unmittelbaren Kriegseintritt der NATO.

Die ukrophobisch anmutende Verblendung der Wagenknecht gipfelte unlängst auch in Abfälligkeiten über Selenskys Outfit, wie in der ARD-Doku von Markus Feldenkirchen dargebracht, wo sie sich über den Stil des Regenten

in Kiew mokierte, stets unzivil und mit Dreitagebart in der Öffentlichkeit zu erscheinen.

Damit stieß sie ins gleiche Horn wie später die AfD-Vorsitzenden Weidel und Chrupalla, die ihren Bundestagsboykott gegen die Rede des „Kriegs- und Bettelpräsidenten“ Selensky auch damit begründeten, „keinem im Tarnanzug zuhören zu wollen“. Offenbar sind für kaltschnäuzige Querfrontleute Kriegsverbrecher im Nadelstreif und passender Krawatte eher auszuhalten als dass durch die militärische Kluft eines Opferregenten täglich an das himmelschreiende Unrecht dieses Krieges erinnert zu werden.

Entspannungs-Oldies unterstützen das BSW

In die vorderste Reihe der friedensbewegten Querfront hat sich nunmehr auch ein früherer Außenpolitiker aus der Ära Brandt-Schmidt dazugesellt. Klaus von Dohnanyi, 96 Jahre alt, vormals Erster Bürgermeister von Hamburg, Bildungsminister und Staatsminister im Auswärtigen Amt, bekundet, Sahra Wagenknecht in deren Waffenstillstandsbemühungen zu wählen, weil sie die einzige Friedensoffensive in der hiesigen Parteienwelt steuere, während sein ihn so enttäuschender Kanzler immer weiter auf Waffenlieferungen statt auf diplomatische Lösungen mit Putin setze.

Von Dohnanyi hatte schon nach der Krim-Annexion eine ukrainische Journalistin angeherrscht, sie möge bei ihren nationalen Selbstbestimmungsbeschwörungen die geopolitische Lage ihres Landes berücksichtigen. Damit provozierte er die Gegenfrage, ob Russlands Nachbarstaaten im

Namen des Weltfriedens zur demokratiefreien Zone erklärt werden müssten.

Mit seiner Kritik an Scholz, seinem früheren Amtsnachfolger im Hamburger Rathaus, reiht sich von Dohnanyi unter jene Appeasement-Sozis, die schon vor der Aggression der bedrohten Ukraine der NATO bei ihrer Unterstützung allen Ernstes „Säbelrasseln“ unterstellten – so Steinmeier, Schröder und Mützenich - oder nunmehr – wie auch Günther Verheugen oder jene „Vorgeschichtler“ um Brandt-Sohn Peter - in den verlogenen Chor des BSW von den „Kriegsbesoffenen in Berlin, Brüssel und Washington“ einstimmen.

Gefakte Demoskopie

Als Wagenknecht am Abend der Europawahl im Juni das für sie so erfreuliche Ergebnis dahingehend deutete, dass die Menschen im Lande nichts weniger als eine „neue Politik“ wollten, fügte sie verräterisch hinzu „vor allem eine neue Außenpolitik“. Damit hatte sie wieder einmal Putins Katze aus dem Sack gelassen, d.h. den eigentlichen Daseinszweck ihrer Neugründung offengelegt. Danach geht es ihrer prorussischen Truppe weniger um Fragen von Migration und Wokeness, wie pausenlos verkündet, als um die Mobilisierung unzufriedener Bevölkerungsteile gegen die militärische Unterstützung der Ukraine und damit in der Konsequenz um die aktive Förderung eines Kapitulations- oder Siegfriedens für den russischen Terrorstaat und gegen den verhassten Westen, die USA und die NATO.

Dabei scheint jedes propagandistische Mittel der Täuschung recht. Tatsache ist zum Beispiel, dass es seit Beginn der russischen Aggression eine stabile demoskopische Mehrheit für die militärische Unterstützung der Ukraine gibt, mal mehr, mal weniger, aber immer über 60 Prozent, wenn man die Zahlen derer addiert, die sich regelmäßig - laut ZDF-Politbarometer - für „mehr“ oder „genauso viel“ militärische Unterstützung aussprechen. Zählt man die Prozente dazu, die zwar für „weniger“ aber immer noch *für* eine militärische Unterstützung eintreten, dann bleibt für Wagenknecht & Co nicht mehr viel vom prozentualen Gesamtkuchen. Woher also stammen ihre Zahlen, wonach die Mehrheit in Deutschland gegen eine militärische Unterstützung der Ukraine eingestellt sei und deshalb „vor allem“(!) eine neue Außenpolitik fordere.

Wiederholt wird dabei mit einem Zahlenverwirrspiel schamlose Täuschung betrieben. Erst jüngst wurde Wagenknecht bei Maybrit Illner im ZDF öffentlich vorgeführt, als sie die Zahlen der Aufrüstung und Ausrüstung (der Bundeswehr) offenbar höchst absichtsvoll durcheinanderbrachte, um ausgerechnet Putins Schurkenstaat eine geringere Steigerungsrate attestieren zu können.

Außerdem wertet sie die Mehrheiten en détail gegen den Leopard-Panzer und die Taurusraketen als Zeichen einer generellen Ablehnung von militärischer Unterstützung für die Ukraine, wovon noch nie die Rede sein konnte.

Schließlich musste sie auch wegen der Fälschung von Zahlen aus der Ukraine von ihren eigenen Leuten zurückgepfiffen werden – wertete sie doch jene 70 Prozent der

notleidenden Bevölkerung, die für einen Waffenstillstand eintreten, als Stoppschild gegen die weitere Kriegsführung von Selensky. In Wahrheit sprach sich die Bevölkerung *begleitend* und nicht *alternativ* zum militärischen Widerstand gegen die russische Aggression für baldige Friedensverhandlungen aus.

Mit dieser irreführenden Interpretation begründete das BSW schon seinen Boykott der Selensky-Rede vor dem Deutschen Bundestag, weil es ihm in infamer Weise unterstellte, mit der Fortführung des Krieges Politik gegen den Willen des eigenen Volkes zu betreiben und dabei eine nukleare Weltkatastrophe zu riskieren.